



Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische
Entwicklungen in Europa

Annette Angermann/ Birgit Sittermann

Bürgerschaftliches Engagement in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union - Auswertung und Zusammenfassung aktueller Studien

Arbeitspapier Nr. 5 der Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

November 2010



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.



ISS
Gemeinnütziger e. V.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Hausanschrift: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift: Postfach 50 01 51, D-60391 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0)69 - 95 78 9-0
Fax: +49 (0)69 - 95 789 190
Internet: <http://www.iss-ffm.de>

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der „Beobachtungsstelle für gesellschafts-politische Entwicklungen in Europa“ mit Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Sie wird **kostenlos** abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Die Publikation gibt nicht ohne Weiteres die Auffassung der Bundes-regierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. dem/der jeweiligen Autor/in.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), D-11018 Berlin, gefördert wird.

Die Website der Beobachtungsstelle: <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu>.

Träger der Beobachtungsstelle:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30-62980-0
Fax: +49 30-62980-140
Internet: <http://www.deutscher-verein.de>

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Hausanschrift: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift: Postfach 50 01 51, D-60391 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0)69 - 95 78 9-0
Fax: +49 (0)69 - 95 789 190
Internet: <http://www.iss-ffm.de>

Autorinnen:

Annette Angermann (angermann@deutscher-verein.de)
Birgit Sittermann (birgit.sittermann@iss-ffm.de)

Graphische Gestaltung:

www.avitamin.de

Auflage:

Diese Veröffentlichung ist nur als PDF unter <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu> verfügbar.

Erscheinungsdatum:

November 2010

Inhalt

1	Einleitung	2
2	Engagementförderprogramme und -strategien in den EU-Mitgliedsstaaten.....	3
3	Engagementmessungen und -berichte in den EU-Mitgliedsstaaten.....	5
4	Gemeinsame Herausforderungen und Empfehlungen.....	8
5	Zusammenfassung der Ergebnisse	10
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	12



1 Einleitung

Anlässlich der Veröffentlichung der Studie „Volunteering in the European Union“ (GHK 2010a) fasst dieses Papier die Ergebnisse der genannten Studie sowie die Resultate anderer wichtiger Studien, die sich mit Engagement auseinandersetzen, zusammen. Die Studie „Volunteering in the European Union“, die im Februar 2010 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, bietet einen guten Überblick über die Situation von Bürgerschaftlichem Engagement (BE) in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus der Fülle der Informationen, die diese Studie bereithält, wurden für dieses Papier einige relevante Themen ausgewählt, gebündelt und gesondert ausgewertet.

Folgende Themen werden in diesem Papier näher dargestellt:

- Engagementförderprogramme und -strategien in den EU-Mitgliedsstaaten
- Engagementmessungen in den EU-Mitgliedsstaaten
- Gemeinsame Herausforderungen für Bürgerschaftliches Engagement in der EU

Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Informationen aus den jeweiligen Länderberichten und dem Abschlussbericht der oben genannten Studie entnommen und zusammengestellt sowie mit Recherchen der Autorinnen und weiterführender Literatur ergänzt.

Für die Einordnung der Studie ist zu berücksichtigen, dass diese im Wesentlichen auf bereits bestehende Untersuchungen und Daten zurückgreift und nur einige neue Interviews geführt wurden. Die Studie „Volunteering in the European Union“ versteht sich also in erster Linie als Bestandsaufnahme. Da die genutzten Untersuchungen unterschiedliche Definitionen und Erhebungsmethoden anwenden, ergeben sich insbesondere bei der Darstellung der Engagementquote in den einzelnen Staaten große Unterschiede.

Die Studie verdeutlicht bestehende nationale Unterschiede im Bereich Engagement, die vor allem im **Verständnis von Engagement** (Definitionsunterschiede, Einstellung gegenüber Engagement) und in der Frage nach der **Rolle des Staates** (starker Rechtsrahmen, staatliche Zurückhaltung oder Partnerschaft zwischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Staat) liegen. Aber es werden auch gemeinsame Themen identifiziert, die für alle Mitgliedsstaaten von Belang sind. Dies sind insbesondere die (mangelnde) **angemessene Anerkennung** der Leistungen von Freiwilligen sowie die **Sicherung der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen**.

2 Engagementförderprogramme und -strategien in den EU-Mitgliedsstaaten

Ob und inwieweit Bürgerschaftliches Engagement auf der politischen Agenda der Mitgliedsstaaten steht, lässt sich an den jeweiligen nationalen Engagementförderprogrammen und -strategien erkennen. Einige wenige Staaten verfügen über konkrete Engagementstrategien (in denen auch Ziele festgelegt sein können), während die meisten der Mitgliedsstaaten über verschiedene Engagementprogramme den Freiwilligensektor zu unterstützen versuchen. In Staaten ohne klare Engagementstrategie ist die Behandlung des Themas Bürgerschaftliches Engagement häufig auf viele Politikbereiche aufgeteilt und so sind konkrete politische Ziele oft nicht auszumachen und nur implizit zu finden.¹

Aufgrund der vielfältigen Formen und der Komplexität des Freiwilligensektors gibt es keinen einheitlichen Ansatz für die Regulierung von Bürgerschaftlichem Engagement. Es finden sich Mitgliedsstaaten mit einem speziell auf Bürgerschaftliches Engagement zugeschnittenen Rechtsrahmen, Staaten ohne spezielle rechtliche Rahmung sowie Mitgliedsstaaten, in denen derzeit ein Rechtsrahmen entwickelt wird. Der rechtliche Rahmen für Bürgerschaftliches Engagement sagt allerdings nicht aus, ob das Thema im Mitgliedsstaat auf der politischen Agenda steht. **Frankreich**² und **Schweden** verzichten dagegen bewusst auf eine differenzierte rechtliche Regelung des Bürgerschaftlichen Engagements, wie sie in anderen Ländern vorhanden ist.

Unter den EU-Mitgliedsstaaten, die über eine explizite nationale Engagementpolitik verfügen, ist beispielsweise **Deutschland**. Das Bundeskabinett hat am 6. Oktober 2010 eine nationale Engagementstrategie beschlossen, die Grundlage der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Weiterentwicklung der Engagementpolitik in Deutschland ist.³ In **Estland** sind die lokale Regierung und die regionale Verwaltungsabteilung innerhalb des Innenministeriums als hauptverantwortliche Institution für den nationalen Strategieplan zur weiteren Entwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement zuständig. In **Frankreich** werden in der Abteilung des Hochkommissars für Jugend die das Bürgerschaftliche Engagement betreffende Politiken ausgearbeitet, koordiniert und evaluiert.⁴ **Belgien** verfügt in Flandern über einen Aktionsplan zur Erneuerung der Beziehung zwischen Flämischer Regierung und den Freiwilligenorganisationen. **Polen** verfügt zwar nicht über eine nationale Strategie

¹ Nationale Strategien lassen sich natürlich leichter einführen in den Mitgliedsstaaten, in denen beispielsweise nur ein Ministerium für Bürgerschaftliches Engagement zuständig ist oder zumindest ein federführendes Ministerium existiert (GHK 2010b).

² BE wird in Frankreich u. a. durch allgemeine Gesetze, wie das Vereinigungsgesetz von 1901, geregelt. Bei diesem Gesetz handelt es sich um eine Art Selbstregulierung zwischen Freiwilligen und Vereinigungen (<http://www.francebenevolat.org/uploads/documents/GRH.pdf>).

³ Die Nationale Engagementstrategie verfolgt strategische Ziele wie die Verbesserung von Rahmenbedingungen und Abstimmungen zwischen den politischen Ebenen sowie eine bessere Einbindung von Stiftungen/Wirtschaftsunternehmen und eine größere Anerkennung der Freiwilligen (http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie_10-10-06.pdf).

speziell zum Engagement, jedoch über die „Strategy of support for the development of civil society 2007-2013“.⁵

Im **Vereinigten Königreich** ist Bürgerschaftliches Engagement ein etabliertes Dauerthema, was an dem gemeinsamen Vertrag zwischen Regierung und Drittem Sektor⁶ sowie dem Ausrufen eines Nationalen Freiwilligenjahres im Jahr 2005 erkennbar ist. Eine nationale Strategie wird hier als wichtig erachtet und das Fehlen von Synergien zwischen den Freiwilligenprogrammen sowie -politiken und Programmen/Politiken in anderen Politikfeldern bemängelt. In **Irland** unterstreicht die 2006 eingerichtete „Task Force on Active Citizenship“ die politische Wichtigkeit Bürgerschaftlichen Engagements.⁷ **Dänemark** verfügt zwar nicht über eine allumfassende Freiwilligenstrategie, aber seit 2001 existiert eine Charta zur Interaktion zwischen den Freiwilligen und den Verbänden mit dem öffentlichen Sektor, zudem beinhaltet die Qualitätsreform von 2007 mehrere Initiativen zur Unterstützung Bürgerschaftlichen Engagements. In **Finnland** wurde eine Arbeitsgruppe zur Klärung der Besteuerung von Freiwilligenorganisationen, die Dienste bereitstellen, eingerichtet. Und in **Lettland** fanden Diskussionen zwischen Premierminister und Nichtregierungsorganisationen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement statt (Ende 2009). Die einzurichtende Arbeitsgruppe soll den kurz nach der Verabschiedung wieder gestoppten Gesetzesentwurf besprechen.

Derzeit bereiten einige EU-Mitgliedsstaaten Gesetzesentwürfe vor bzw. überprüfen ihre gesetzlichen Grundlagen im Vorfeld des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011). In **Bulgarien** versuchen die Akteure seit 2001 den gesetzlichen Rahmen und Politiken für Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen; der derzeit diskutierte Gesetzesentwurf wurde bereits 2006 erstellt.⁸ **Slowenien** arbeitet seit 2004 an dem Gesetzesentwurf für den Freiwilligensektor, welcher noch 2010 verabschiedet werden soll. **Ungarn** und **Luxemburg**⁹ überprüfen hingegen bereits bestehende Gesetze aus dem Jahr 2005 bzw. den Jahren 1928 und 2007. Zudem bereitet **Schweden** ein Gesetz vor, welches sich mit den Schwierigkeiten auseinandersetzt, die entstehen, wenn Organisationen aus verschiedenen Politikbereichen ihre Finanzierung erhalten (GHK 2010a).

4 <http://www.lacse.fr/dispatch.do>

5 <http://www.pozYTEK.gov.pl/Strategy,of,Support,of,Civil,Society,Development,587.html>

6. Der „Compact on relations between Government and Third Sector in England“ gilt seit 1998 und ist unter:

<http://www.thecompact.org.uk/files/140472/FileName/TheCompact.pdf>, <http://www.thecompact.org.uk/files/140473/FileName/AnintroductiontotheCompact.pdf> abrufbar.

Hier ist anzumerken, dass die Organisationen mit der Umsetzung des Vertrages unzufrieden sind, zumal der Vertrag auch nicht rechtlich bindend ist. Ergänzt wird der Vertrag durch den „Compact Code of Good Practice on Volunteering“, dessen erste Fassung (2001) im Jahr 2005 überarbeitet wurde

(http://www.thecompact.org.uk/shared_asp_files/GFSR.asp?NodeID=100323).

7 Das Department des Ministerpräsidenten (Taoiseach) richtete 2006 die o. g. Taskforce ein. 2007 stellte sie ihre Arbeit (Empfehlungen an die irische Regierung) und 2008 den dazugehörigen Fortschrittsbericht fertig (<http://www.taoiseach.gov.ie/eng/>, <http://www.activecitizenship.ie/index.asp?locID=3&docID=-1>).

8 Eine Vorstellung des abgeänderten Gesetzesvorschlages wird jedoch erwartet (SPES - Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2010): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Bulgaria, Slovenia, Germany, Estonia, S. 7-50).

9 <http://www.benevolat.public.lu/de/legislation/index.html>

In **Griechenland** wird das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens stark bemängelt, daher unterbreitet die hauptverantwortliche Institution Vorschläge für rechtliche Rahmenbedingungen.

In **Zypern, der Tschechischen Republik, Spanien, Rumänien** und **Portugal** sind keine nationalen Engagementstrategien zu erkennen und auch die **Slowakei** hat Bürgerschaftliches Engagement nicht auf der politischen Agenda stehen.

In den übrigen EU-Mitgliedsstaaten ist derzeit das Thema Bürgerschaftliches Engagement nicht im Speziellen auf der politischen Agenda zu finden. In den **Niederlanden** werden die Hemmnisse im Freiwilligensektor weiter reduziert, in **Litauen** wird Engagement weder befördert noch behindert und in **Österreich, Malta** und **Italien** gibt es keine aktuellen Informationen bezüglich Engagementstrategien.

Die Auflistung der jeweiligen nationalen Engagementförderprogramme und -strategien verdeutlicht, dass einige EU-Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise **Deutschland, Estland, Frankreich** und **Belgien** über Engagementstrategien bzw. -förderprogramme verfügen, wobei sich diese Staaten bezüglich des Grads der Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Strategie unterscheiden. Auch in **Polen, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Finnland** und **Lettland** wird Bürgerschaftliches Engagement diskutiert und auf der politischen Agenda behandelt. Im Vorfeld des Europäischen Jahres 2011 ist in einigen Mitgliedsstaaten wie **Slowenien, Ungarn, Luxemburg, Schweden** und **Bulgarien** Bewegung im Themenfeld Engagement zu erkennen.

3 Engagementmessungen und -berichte in den EU-Mitgliedsstaaten

Bürgerschaftliches Engagement wird auf europäischer Ebene vergleichend wie auch in den jeweiligen Mitgliedsstaaten untersucht.

Europäisch vergleichend wurde Bürgerschaftliches Engagement beispielsweise in der Eurovol-Studie (1995), in der European Values Studie (2001), im Eurobarometer „Soziale Wirklichkeit (2007), im European Time Use Survey (2007) und der diesem Papier zugrunde liegenden „Volunteerintg in the European Union“ (GHK 2010) betrachtet.¹⁰

Es ist zu beachten, dass sowohl die europäisch vergleichenden Studien als auch die nationalen Studien der Mitgliedsstaaten aufgrund der unterschiedlichen Ansätze, d. h. Messmethoden, Messgrößen und Zielgruppen¹¹, kein einheitliches und exaktes Bild über das

¹⁰ Neben diesen Studien gibt es auch Untersuchungen, die das Engagementverhalten bestimmter Altersgruppen beleuchten, wie z. B. die SHARE-Studie (Survey on Health, Ageing and Retirement in Europe; 2004, 2006/2007 und 2008/2009 <http://www.share-project.org/>).

¹¹ Hier zählt beispielsweise auch die Entscheidung dazu, in wieweit lediglich formelles oder aber auch informelles Engagement erfasst wird.

tatsächliche Engagementverhalten zeichnen und daher nur bedingt empirisch vergleichbar sind. Die Untersuchungen geben jedoch gute Hinweise und Anhaltspunkte für eine bessere Einschätzung der Verbreitung von Bürgerschaftlichem Engagement bzw. der Anzahl der Freiwilligen in Europa, welche in den letzten zehn Jahren allgemein gestiegen ist. In Vorbereitung auf das Europäische Jahr 2011 will die John Hopkins Universität (Baltimore, USA) im Auftrag der International Labour Organisation Kriterien für die Bewertung und Erfassung von Bürgerschaftlichem Engagement in Europa erstellen und in einem Handbuch zusammenfassen. Es dient der Vorbereitung eines europäischen Freiwilligenberichts.¹²

Die Untersuchungsarten des Engagementverhaltens in den jeweiligen **Mitgliedsstaaten** lassen sich grob in drei Kategorien unterteilen: offizielle/staatliche Statistiken, wissenschaftliche Studien sowie sonstige Erhebungen in den Mitgliedsstaaten.

Offizielle/staatliche Statistiken der Mitgliedsstaaten

Staaten, die regelmäßige Untersuchungen durchführen sind beispielsweise **Deutschland** (alle fünf Jahre seit 1999)¹³ und das **Vereinigte Königreich** (England alle zwei Jahre seit 2001; auch Wales, Schottland und Nordirland erheben Daten zu BE). **Österreich** veröffentlichte 2009 den ersten Freiwilligenbericht.¹⁴ **Irland** hingegen untersucht seit 2006 innerhalb des „National Census“ sowie im „National and Economic Social Forum“ Bürgerschaftliches Engagement. Das „Central Bureau for Statistics“ der **Niederlande** erhebt den „Periodic Life Situation Statistics Survey“ und das „Social and Cultural Institute“ untersucht den Zeitgebrauch der Niederländer/innen. In **Schweden** wurde 2009 die „National Study on Volunteering, Informal Help and Care Giving“ veröffentlicht. Die Datenerhebungen sollen im Rahmen eines neuen Gesetzes reformiert werden. Die **Tschechische Republik** und **Ungarn** haben zwar durch ihre statistischen Ämter Freiwilligenzahlen erhoben, diese variieren jedoch aufgrund unterschiedlicher methodologischer Ansätze (Tschechische Republik) und der unterschiedlichen Erfassung von informellem und formellem Engagement (Ungarn).

Wissenschaftliche Studien in den Mitgliedsstaaten

In **Belgien** gibt es einige Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement, beispielsweise von der Universität Liège und eine Erhebung der flämischen Gemeinschaft. In **Dänemark** wurde 2006 der Freiwilligensektor im Zuge einer Bevölkerungsuntersuchung betrachtet. **Polen** unterhält zwar keine offizielle Berichterstattung für den Bereich BE, dennoch werden

12. <http://www.ccss.jhu.edu/index.php?section=content&view=9&sub=12&tri=127> , <http://www.ccss.jhu.edu/index.php?section=content&view=9&sub=12&tri=106> , http://www.ccss.jhu.edu/pdfs/ILO/ILO_Manual_August_2010.pdf

13 BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Monitor Engagement, Ausgabe Nr. 2, Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, Kurzbericht des 3. Freiwilligen surveys.

14 BMASK - Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009): 1. Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich, unter: http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/1/4/CH0139/CMS1218445655316/freiwilligenbericht_letztf.3_%282%29.pdf (Stand: 01.11.2010).

regelmäßige Studien durchgeführt. In **Finnland**, **Frankreich** und **Luxemburg** untersuchen Wissenschaftler, teils auf eigener Grundlage bzw. auf Grundlage anderer Studien, das Bürgerschaftliche Engagement. In **Lettland** gibt es kaum regelmäßige und systematische Erhebungen, was von der eigens gegründeten Institution IUMSILS¹⁵ geändert werden sollte. Die Institution wurde jedoch bereits wieder geschlossen, so dass davon auszugehen ist, dass vermutlich in nächster Zeit keine weiteren Untersuchungen stattfinden werden.

Sonstige Erhebungen in den Mitgliedsstaaten

In **Bulgarien** gibt es keine systematischen Erhebungen, jedoch zwei Studien von Non-profit Organisationen. **Estland** veröffentlichte eine landesweite Erhebung durch das estnische Jugendinstitut sowie eine Studie mit sehr geringer Teilnehmerzahl seitens einer NRO. Die anzahlmäßig geringe Untersuchung der Bevölkerung **Zyperns** durch das „Volunteer Network Project“ gibt ebenfalls keine verlässlichen Daten. In **Griechenland** liegen lediglich Schätzungen der nationalen Freiwilligenagentur vor, wohingegen in **Italien** in anderen Zusammenhängen offiziell erhobene Zahlen die Grundlage einiger Studien bilden. **Litauen** veröffentlichte zwar einen Bericht, ansonsten existieren jedoch keine systematischen Erhebungen. In **Portugal** ist kaum statistisches Material über das Engagementverhalten der Portugiesen verfügbar, es wurde allerdings eine empirische Studie von der nationalen Kommission für das Europäische Jahr 2011 durchgeführt. In **Rumänien** existiert keine nationale Statistik, die Engagementzahlen werden durch das „Barometer of Public Opinion“ erhoben. In der Slowakei gibt es zwei Untersuchungen im Zeitraum 2008/2009. **Spanien** erstellt ebenfalls keine nationalen Statistiken bezüglich BE. Das Ministerium für Gesundheit und Sozialpolitik stellt allerdings allgemeine Informationen bereit. In **Malta** differieren die erhobenen Engagementzahlen stark, da dort Hauptakteure die Anzahl der Freiwilligenzahlen schätzen.

Die Auflistung der jeweiligen nationalen Engagementmessungen und -berichte verdeutlicht, dass unter den EU-Mitgliedsstaaten lediglich das **Vereinigte Königreich** und **Deutschland** über regelmäßige offizielle Untersuchungen des BE-Sektors verfügen. Diese Untersuchungen werden bereits seit mehreren Jahren durchgeführt. **Österreich** beginnt vermutlich mit dem Engagementbericht von 2009 mit einer regelmäßigen Untersuchung. Zudem untersuchen auch die **Niederlande**, **Schweden** und **Irland** Bürgerschaftliches Engagement offiziell und in vielfältiger Weise. Unabhängig von der Unterscheidung der Engagementmessungen in offiziellen Statistiken und wissenschaftlichen Studien, verfügen

15 Das Sekretariat für spezielle Aufgabengebiete des Ministers für soziale Integration in Lettland (IUMSILS) wurde 2008 geschlossen. Das Ministerium für Kinder, Familie und Angelegenheiten der Integration, welches die Aufgaben übernahm wurde 2009 ebenfalls aufgelöst. Recherchen bezüglich der weiteren Bearbeitung des Themenbereichs Bürgerschaftliches Engagement bei den Ministerien (u. a. des Bildungsministeriums, welches für die Umsetzung des Europäischen Jahres 2011 zuständig ist), auf die die Aufgaben aufgeteilt wurde, sind derzeit ergebnislos.

folgende EU-Mitgliedsstaaten über gut entwickelte Datenerhebungssysteme und geben regelmäßig statistische Engagementberichte heraus: **Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland** und das **Vereinigte Königreich**.

4 Gemeinsame Herausforderungen und Empfehlungen

Auf der Grundlage der einzelnen Länderberichte arbeiten die Autor/innen der Studie „Volunteering in the European Union“ (GHK 2010a) die gemeinsamen Herausforderungen für Bürgerschaftliches Engagement in Europa heraus und leiten daraus Handlungsempfehlungen für Organisationen und politische Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene ab. Die wichtigsten Punkte werden im Folgenden aufgezeigt.

Aktuelle Herausforderungen für Organisationen

- In den meisten Staaten ist nicht das Sinken der Engagementzahlen das Problem, sondern das **Zusammenbringen der Bedürfnisse** von Freiwilligen und Organisationen.
- Es wird für Organisationen schwieriger, Menschen zu finden, die sich **langfristig engagieren** und/oder bereit sind, Verantwortung in Organisationen (z. B. Vorstandsarbeit) zu tragen.
- **Starke Professionalisierung vs. Einbindung von Freiwilligen:** Der Umgang zwischen Freiwilligen und Hauptamtlichen muss gut begleitet werden.

Aufgaben für die staatliche Ebene

- **Rechtliche Rahmenbedingungen im richtigen Maß bieten:** Einige Mitgliedsstaaten haben keine rechtlichen Rahmenbedingungen, daraus ergeben sich Unklarheiten für Organisationen (**Griechenland**). Andere haben zu strikte Regelungen, die sich in der Praxis nicht umsetzen lassen (**Rumänien**) oder definieren Engagement zu eng, so dass viele Engagierte nicht erfasst werden (z. B. **Portugal, Tschechien**). Gleichzeitig gibt es Länder, die kein ausdifferenziertes Regelwerk haben (**Frankreich, Schweden**). Zudem ist zu bedenken, dass es in den Mitgliedsstaaten vielfach auch verfassungsrechtliche Grenzen für das Handeln des Staates gibt.
- Das Thema **Versicherung von Freiwilligen** ist nur in wenigen Staaten präsent.

Aufgaben für Staat und Organisationen

- Der **Mangel an Daten und statistischen Informationen zum Engagement** sollte besser erfasst werden, da diese Informationen sowohl für politische Entscheidungsträger als auch für Organisationen selbst wichtige Entscheidungshilfen sind.¹⁶ Für Organisationen wird es als wichtiges Argument gesehen, wenn sie den ökonomischen Wert von Engagement angeben können.
- **Infrastruktur verbessern:** Die Kooperation zwischen Regierung und Vertretern der Freiwilligenorganisationen wird als sehr wichtig angesehen, um Engagement zu fördern. Ebenso wird eine nationale Koordinierungsinstitution/-organisation für das Thema BE als wünschenswert angesehen.
- **Finanzierung von Engagement und Organisationen:** Bei den Organisationen überwiegt der Wunsch nach institutioneller Förderung, da reine Projektförderung aus Sicht der Organisationen nicht nachhaltig ist. Insbesondere in den neuen EU-Mitgliedsstaaten ist festzustellen, dass die Organisationen nicht immer die Kompetenzen/Professionalität haben, um an nationalen und EU-Ausschreibungen teilzunehmen. In **Zypern** gibt es daher spezielle Trainingskurse für Nichtregierungsorganisationen, die sich an Ausschreibungen beteiligen wollen.
- Die Studie weist daraufhin, dass es insbesondere in den Ländern **Mittel- und Osteuropas Vorurteile gegenüber Freiwilligem Engagement** gibt. Bürgerschaftliches Engagement wird oft mit den verpflichtenden Aktivitäten im sozialistischen Regime gleichgesetzt.
- **Mangelnde Anerkennung der Leistungen von Freiwilligen:** Sowohl für den Staat als auch für Organisationen ordnet die Studie die Anerkennung des Engagements als wichtige Aufgabe ein. Dabei geht es zum einen um **die angemessene Würdigung** des Engagements. Zum anderen handelt es sich um die Anerkennung und **Zertifizierung** der durch das Engagement erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen (**Nicht-Formelles Lernen**). In einigen Ländern (**Spanien, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Malta**) können Studenten für ihr Engagement Credit Points erhalten.
- **Freiwilligenmanagement** als Thema für Staat und Organisationen: In einigen Staaten gibt es spezielle Programme, die Organisationen dabei unterstützen, Freiwillige professionell zu „managen/ zu begleiten“. (z. B. **Finnland, Irland**)

¹⁶ Fragestellungen könnten z. B. sein: Wie wirkt sich Engagement auf Arbeitslose aus?

5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Studie „Volunteering in the European Union“ (GHK 2010a) verdeutlicht, dass es **unterschiedliche Engagementtraditionen** in Europa und damit einhergehend auch unterschiedlich entwickelte Freiwilligensektoren in den Mitgliedsstaaten gibt. Dies spiegelt sich in den Zahlen der Beteiligung bürgerschaftlich Engagierter wider: sehr hohe Beteiligung in den **Niederlanden, Österreich, Schweden** und dem **Vereinigten Königreich** (über 40% der erwachsenen Bevölkerung engagieren sich bürgerschaftlich), hohe Beteiligung in **Dänemark, Finnland, Luxemburg** und **Deutschland** (30-39%), mittlere Beteiligung in **Estland, Frankreich** und **Lettland** (20-29%), relativ niedrige Beteiligung in **Belgien, Irland, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien** sowie der **Tschechischen Republik** und der **Slowakei** (10-19%) gefolgt von niedriger Beteiligung in **Bulgarien, Griechenland, Italien** und **Litauen** (unter 10%) (GHK 2010b: 2). Die unterschiedlichen Traditionen sind bei der Beurteilung der jeweiligen nationalen Situationen zu berücksichtigen. So verzichten z. B. **Schweden** und **Frankreich** bewusst auf einen Rechtsrahmen für Engagement.

In den meisten **Staaten Mittel- und Osteuropas** lag das Bürgerschaftliche Engagement in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkrieges bis zu Beginn der 1990er Jahre „auf Eis“ bzw. wurde das Engagement während dieser Zeit oft -verpflichtend- in Parteinähe vollzogen. Da sich viele Organisationen zu Beginn der 1990er Jahre erst wieder neu gründen mussten, befinden sich die **Zivilgesellschaften** mitunter noch im Aufbauprozess.

In einigen Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise in **Griechenland**, dominiert eine andere Einstellung zu Bürgerschaftlichem Engagement. Hier stützen sich Hilfeleistungen stärker auf den Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, was die niedrigen Engagementzahlen erklärt. Es lassen sich nicht zwingend Rückschlüsse und Verknüpfungen zwischen speziellen rechtlichen Rahmenbedingungen und höheren Engagementzahlen herstellen. In **Ungarn** und **Zypern** gibt es spezielle Rechtsrahmen, dennoch zählt die Beteiligung der Freiwilligen nicht zu den höchsten Beteiligungsraten Europas.

Zumeist sind die bürgerschaftlichen Aktivitäten auf lokaler Ebene, besonders in Mitgliedsstaaten mit föderalem Systemen oder starken bzw. autonomen Regionen, von großer Bedeutung. Hier sind **Belgien, Italien, Spanien** und das **Vereinigte Königreich** zu nennen.

Die Studie gibt keine Informationen zu Finanzierungsmodellen von Nichtregierungsorganisationen, die mit Freiwilligen arbeiten. Zur Beurteilung der jeweiligen nationalen Situation ist dies jedoch wichtig. Beispielsweise können in **Ungarn** und **Spanien** Teile der Einkommenssteuer direkt gespendet werden.

In einigen Staaten sind die einzelnen Ministerien für die Organisationen/Freiwilligen zuständig, die in ihrem Tätigkeitsbereich aktiv sind. Für diese Nichtregierungsorganisationen

können beispielsweise in **Belgien** (Flandern) sektorspezifische Regelungen getroffen werden.

Die Studie „Volunteering in the European Union“ bietet einen guten Überblick über die aktuelle Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in den EU-Mitgliedsstaaten und stellt damit einen ersten Schritt zu einer Gesamtbeurteilung des Themenbereichs dar. Für Letztere ist es jedoch notwendig Bürgerschaftliches Engagement nicht völlig isoliert von der Situation des Dritten Sektors eines Landes und dessen Finanzierung und Struktur zu betrachten.

Gerade im Vorfeld des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) wird deutlich, wie wichtig die Vergleichbarkeit des Bürgerschaftlichen Engagements innerhalb der Europäischen Union ist. Um diese Vergleichbarkeit zu erzielen und einen europäischen Freiwilligenbericht vorzubereiten, ist im August 2010 der Entwurf zu einem Handbuch für die Bewertung und Erfassung von Bürgerschaftlichem Engagement in Europa veröffentlicht worden.¹⁷

In den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt es einige Unterschiede, was beispielsweise Verständnis des Bürgerschaftlichen Engagements und Rolle des Staates betreffen. Es bestehen jedoch auch ähnliche Herausforderungen, wie die der Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten. Das Europäische Jahr 2011 hat sich daher -neben der Honorierung- u. a. zum Ziel gesetzt, günstige Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement in der EU zu schaffen und für den Wert ebenso wie für die Bedeutung des Engagements als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung zu sensibilisieren.¹⁸

¹⁷ http://www.ccss.jhu.edu/pdfs/ILO/ILO_Manual_August_2010.pdf

¹⁸ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/862&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

Allgemeine Literatur

- GHK (2010a): Volunteering in the European Union – Final Report. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/Volunteering%20in%20the%20EU%20Final%20Report.pdf> (Stand: 01.07.2010).
- GHK (2010b): Study on Volunteering in the European Union – Executive Summary DE, http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1020_en.pdf (Stand: 01.07.2010).
- Europäische Kommission (2007): Soziale Wirklichkeit in Europa. Eurobarometer Spezial 273. Veröffentlicht im Februar 2007, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf (Stand: 16.06.2010).
- Europäische Kommission (2009): Eurobarometer 72, Autumn 2009, Executive Summary Belgium, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_be_en_exec.pdf (Stand: 16.06.2010).

Länderspezifische Literatur

Belgien:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Belgium. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20BE.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Bulgarien:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Bulgaria. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20BG.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Dänemark:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Denmark. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20DK.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Deutschland:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Germany. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20DE.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Estland:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Estonia. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20EE.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Finnland:

- GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Finland. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20FI.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Frankreich:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report France. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20FR.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Griechenland:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Greece. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20GR.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Irland:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Ireland. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20IE.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Italien:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Italy. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20IT.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Lettland:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Latvia. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20LV.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Litauen:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Lithuania. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20LT.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Luxemburg:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Luxembourg. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20LU.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Malta:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Malta. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20MT.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Niederlande:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report the Netherlands. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20NL.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Österreich:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Austria. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20AT.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Polen:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Poland. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20PL.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Portugal:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Portugal. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20PT.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Rumänien:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Romania. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20RO.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Schweden:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Sweden. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20SE.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Slowakei:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Slovakia. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20SK.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Slowenien:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Slovenia. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20SI.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Spanien:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Spain. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20ES.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Tschechische Republik:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Czech Republic. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20CZ.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Ungarn:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Hungary. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1024_en.pdf (Stand: 01.07.2010).

Vereinigtes Königreich:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report United Kingdom. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20UK.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Zypern:

GHK (2010): Study on Volunteering in the European Union – Country Report Cyprus. Studie im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur. Veröffentlicht am 17.02.2010, unter: <http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20CY.pdf> (Stand: 01.07.2010).

Weiterführende Literatur

SPES – Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2005): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Spain, France, United Kingdom, the Netherlands, Poland, Czech Republic, Italy.

SPES – Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2008): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Belgium, Lithuania, Slovakia.

SPES – Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2009): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Greece, Hungary, Austria, Denmark, Cyprus.

SPES – Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2010): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Finland, Latvia, Malta, Portugal, Luxembourg.

SPES – Centro di Servizio per il Volontariato del Lazio (2010): Volunteering Across Europe: organisations, promotion, participation – Bulgaria, Slovenia, Germany, Sweden, Estonia.